

Erfolge für LINKE, Regierung kopflos

Statement von Dagmar Enkelmann auf Pressekonferenz am 18. Mai 2010

DIE LINKE hat zwei gute Wochen erlebt. Mit dem Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ist in der Bundesrepublik das Fünf-Parteien-System politische Realität. Darauf müssen sich die anderen Parteien endlich einstellen.

Mit ihrem 10-Punkte-Dringlichkeitsprogramm hat DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen eine gute Grundlage für Sondierungsgespräche geschaffen. Es gibt deutliche Schnittmengen zu SPD und Grünen, u.a. bei Forderungen nach mehr öffentlichen Investitionen, einem Vergabegesetz, der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Förderung von Sozial- und Arbeitslosenberatung, einem Sozialticket oder der Abschaffung von Studiengebühren. Der Ball liegt jetzt bei den beiden möglichen Koalitionspartnern.

Ein Erfolg für DIE LINKE war auch der Parteitag in Rostock. Nach der Wahl muss sich jetzt zeigen, wie tragfähig das Personalkonzept ist. Die personellen Veränderungen an der Spitze der Partei werden auch für die Fraktion im Bundestag nicht ohne Folgen bleiben. Auch hier werden wir uns in den nächsten Wochen neu aufstellen.

Erneut steht der Bundestag in dieser Woche unter dem Druck wichtiger Themen. Der Gesetzentwurf zur Rettung des Euro ist ein Ausweis von Kopflosigkeit und blindem Aktionismus der Bundesregierung. Bei der Ursachenforschung bleibt sie an der Oberfläche und verzichtet – wie schon beim Griechenland-Paket – auf eine Folgenabschätzung ihrer Politik. „Die mittelbaren finanziellen Auswirkungen sind nicht bezifferbar“, ist so erneut wörtlich zu lesen.

Von diesem Versagen versucht die Regierung abzulenken, indem sie – auf öffentlichen Druck auch der LINKEN hin - eine Finanzmarktsteuer ins Spiel bringt, aber offen lässt, ob es eine umfassende Transaktions- wie nur eine spezielle Aktivitätssteuer sein soll. Letztere soll aber nur Gewinne und Gehälter der Finanzbranche betreffen, gewissermaßen nur die Spitze des Eisbergs besteuern. DIE LINKE setzt sich ganz klar für eine Finanztransaktionssteuer ein, die jedes Geschäft in und außerhalb der Börse erfasst. Ohne diese Steuer, eine Bankenabgabe sowie den verbindlichen Verzicht auf Sozialkürzungen kann es für DIE LINKE keine Euro-Rettung geben. Auf keinen Fall wird DIE LINKE der Veränderung einer bereits fest vereinbarten Tagesordnung zustimmen, um das Gesetz noch in dieser Woche vom Parlament verabschieden lassen zu können.

Auch mit der vermeintlich „tabulosen“ Spardiskussion setzt die Regierung die Zukunft des Landes auf Spiel. Sparen bedeutet eigentlich, etwas zurückzulegen, um es künftig sinnvoll nutzen zu können. Davon aber ist bei Union und FDP nicht die Rede. Und wenn das so genannte „Sparen“ per „Rasenmäher“ nicht genügt, könnte man auch die Mehrwertsteuer auf 25 Prozent heraufsetzen, meint bereits manch Regierungsberater. Das alles geht zu Lasten kleiner Einkommen, während sich Spekulanten noch immer eine goldene Nase verdienen.

Für DIE LINKE gibt es sehr wohl Tabus. Bei Kinderbetreuung und Bildung darf auf keinen Fall gekürzt werden, auch nicht bei öffentlichen Investitionen, der Arbeitsmarktpolitik und sozialen Leistungen.

Eines dringenden sozialen Problems nimmt sich DIE LINKE erneut mit ihrem Antrag zur „Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht“ (Drs. 17/1631) an. In Bezug auf Rentenanpassung versprochen Union und FDP noch im Koalitionsvertrag vom Herbst 2009: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein“. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn von dem geringeren Rentenwert im Osten sind nicht nur die heutigen, sondern auch die künftigen Generationen von Rentnerinnen und Rentnern betroffen. Besonders ihnen droht Altersarmut. Ein aktuelle Studie des DIW legt offen, dass die heute 39- bis 48jährigen im Osten im Alter im Schnitt eine Monatsrente von 600 Euro zu erwarten haben. Das liegt unter der Grundsicherung. Dies weist auch auf grundlegende Probleme im Rentensystem hin. Notwendig ist sowohl eine Angleichung der Entgeltpunkte Ost an West wie auch generell ein solidarisches und gerechtes Rentensystem.

Alarmierende Nachrichten gibt es von den Kommunen in Deutschland. Nach jüngsten Steuerschätzungen droht ihnen ein Defizit von 15 Milliarden Euro in diesem Jahr – ein trauriger Rekord. Das Problem ist: Auf Bundesebene sitzen die Kommunen am Katzentisch. Es gibt keine Pflicht, sie zu Gesetzen anzuhören oder diese auf ihre kommunalen Auswirkungen hin zu prüfen. Um die Finanzlage der Kommunen deutlich zu verbessern, schlägt DIE LINKE vor, die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer umzuwandeln. Damit würden alle gewerblich Tätigen – z.B. auch Anwälte und Steuerberater – in die Steuerpflicht einbezogen. Ein entsprechender Antrag der LINKEN wird am Freitag im Bundestag abschließend beraten. Der Bund muss darüber hinaus für die Kommunen die tatsächlichen Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose übernehmen, die Kommunen brauchen höhere Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Auch die schon lange gestellte Forderung der LINKEN nach einer kommunalen Investitionspauschale bleibt auf der Tagesordnung.